

QUARTALSBERICHT

Projektregion: Westafrika
Projektländer: Ghana-Benin-Burkina Faso-Togo
Quartal/Jahr: I/2011

ALLGEMEINE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER PROJEKTREGION WESTAFRIKA

- **Vierversprechende Bodenschätze und Erdölfunde in Westafrika**
- **Negative Auswirkungen der Krisen (Elfenbeinküste und Nordafrika) auf die Region**

Westafrika gerät, bei Diskussionen um Bodenschätze, aufgrund der dort gefundenen Mineralien, die in der Regel von hoher Qualität und ausreichender Menge sein sollen, immer stärker in den Vordergrund. Wie einem Interview der Wochenzeitschrift ‚Jeune Afrique‘ mit dem Vorsitzenden der Firma ‚African Minerals‘ zu entnehmen ist, sei in Westafrika, wo es Eisen, Kupfer, Bauxit und Mangan, im Vergleich zu den derzeit weltweit vorhandenen Reserven und der, vor allem durch die verstärkte Industrialisierung Asiens bedingten steigenden Nachfrage, in ausreichender Menge gebe, in den nächsten Jahren durchaus ein Boom zu erwarten.

Was die Erdölreserven angeht, berge der Kontinent, wie einem weiteren Bericht zu entnehmen ist, derzeit nahezu 10% (127,7 Mrd. Barrel) der Welterdölreserven, wobei insbesondere der Golf von Guinea sehr vielversprechend sei. Dies sei mit Beginn der Erdölförderung in Ghana Mitte Dezember 2010 offensichtlich geworden, interessierte Erdölfirmen hätten u.a. auch vor der togoischen Küste entsprechende Rechte erworben.

Neben diesen durchaus positiven Aussichten breiten sich allerdings die negativen Auswirkungen der fortdauernden ivoirischen Krise nicht nur auf die Nachbarländer sondern auf ganz Westafrika aus. Wie nach einer Sondersitzung des Internationalen Währungsfonds im März dazu erklärt wurde, seien negative Folgen auf das Wirtschaftswachstum besonders der Nachbarländer in einer Zeit, wo dieses im Steigen begriffen ist, zu erwarten, wobei insbesondere die jeweiligen Wirtschafts- und Finanzsektoren betroffen seien. Der zu erwartende inflationistische Druck durch Preissteigerungen, besonders im Transport- und Energie- aber auch im Nahrungsmittelsektor werde die Armut mit Sicherheit verstärken. Selbst wenn es gelänge, die ivoirische Krise schnell und auf

friedlichem Weg zu beenden, werde das Wachstum Westafrikas weiter unter dem Subsahara-Afrikas bleiben.

In den angrenzenden Nachbarländern der Elfenbeinküste -Ghana und Burkina Faso- sind diese Auswirkungen bei gestiegenen Nahrungsmittel- und Transportpreisen bereits spürbar, in Ghana stellen die Flüchtlinge aus dem Nachbarland eine zusätzliche Herausforderung dar (siehe unten). Dazu kommen die aus den ebenfalls von Krisen betroffenen nordafrikanischen Staaten in ihre Heimatländer zurückkehrenden Migranten, die bislang ihre Familien mit Devisen aus dem Ausland unterstützten und sich nun in die bereits bestehende Masse der Arbeitssuchenden einreihen und damit das Potenzial für soziale Krisen erhöhen.

WEITERE MELDUNGEN ZU DEN EINZELNEN PROJEKTLÄNDERN

GHANA

Bei der Anfang Januar erfolgten zweiten Regierungsumbildung seit Beginn der Amtszeit von Staatspräsident John Atta Mills, verließen drei Minister das Kabinett, zwei traten neu ein und acht wechselten das Portefeuille. Die neue Regierung trat offiziell am 21. Januar ihr Amt an.

Bei der traditionellen jährlichen Begegnung des Staatspräsidenten mit der Presse Anfang Januar wurden, neben aktuellen Themen wie die im gleichen Monat erfolgte Erhöhung der Kraftstoffpreise und die Regierungsumbildung auch die Auswirkungen der innenpolitischen Krise der Elfenbeinküste auf das Land und die Region angesprochen. Am 17.02., im Verlauf der ebenfalls traditionellen Rede zur Lage der Nation vor dem Parlament, ging Mills insbesondere auf die positive Entwicklung des Landes ein, die durch das Sinken der Inflationsrate im vergangenen Jahr sowie die Erhöhung des Wirtschaftswachstums erreicht werden konnte.

Nach der Anfang Januar beschlossenen Erhöhung der Kraftstoffpreise um 30% sowie weiterer bereits erfolgter Preissteigerungen, beschloss eine, auf Initiative der Gewerkschaften einberufene und aus Vertretern der Regierung, Arbeitgeberschaft und Gewerkschaften zusammengesetzte Kommission unter Vorsitz von Vizepräsident John Mahama u.a. die Erhöhung des garantierten Mindestlohns um 20% ab Mitte Februar, zur Sicherung des Lebensstandards der Arbeitnehmerschaft.

Anfang Februar wurden die vorläufigen Ergebnisse der im vergangenen Jahr (2010) durchgeführten Volkszählung bekannt gegeben, die endgültigen sollen im nächsten Jahr verfügbar sein. Danach hat das Land Ghana rund 24,234 Mio. Einwohner und verzeichnet damit einen Anstieg von über 28% gegenüber der letzten Volkszählung (2000). Das Bevölkerungswachstum beträgt somit jährlich 2,4%.

Die Inflationsrate, seit Mai 2010 unter 10%, behielt zum Jahresende (Dezember) mit 8,58% ihren Trend bei, stieg dann aber auf 9,08% im Januar und 9,16% im Februar. Ende Januar 2011 verlor die ghanaische Währung GHS gegenüber dem US\$ 55% seit Juli 2007.

Nach Aussagen der Weltbank („Global Economic Prospects“) stelle das Land Ghana im laufenden Jahr 2011 mit einem auf 13,4% geschätzten Wirtschaftswachstum, einem der bedeutendsten der Welt, eine der größten Hoffnungen des Kontinents dar, wobei die Erdölförderung zwar eine wichtige, aber nicht die einzige (Goldproduktion, Kakaoexport) Quelle sei. Auch der Internationale Währungsfonds sieht die Entwicklung des Landes äußerst positiv und schätzt das Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr auf 15% (zum Vergleich: 2009: 4,7% / 2010: 6%).

Die Einnahmen aus dem Bergbausektor sollen, wie weiter mitgeteilt wurde, steigend sein, Diamanten, Bauxit und Mangan stellten die wichtigsten Quellen dar. Ghana, nach Südafrika Afrikas zweitwichtigster Goldproduzent, soll bei derzeit steigenden Goldpreisen rund 2,6 Mrd. US\$ in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres (2010), das sind 30% mehr als im Jahr 2009, an Gewinn erzielt haben. Diamanten (9,16 Mio. US\$), Bauxit (13,886 Mio. US\$) und Mangan (49,197 Mio. US\$) seien ebenfalls verlässliche Einnahmequellen.

Nach Angaben des „Ghana Investment Promotion Council“ sollen sich die direkten Investitionen aus dem Ausland innerhalb eines Jahres von 771,2 Mio. GHS (insgesamt 257 Vorhaben) im Jahr 2009 auf 1,55 Mrd. GHS (385 Vorhaben) 2010 nahezu verdoppelt haben. Davon seien 249 Projekte ausschließlich von ausländischen Unternehmen durchgeführt worden, die 136 restlichen in Zusammenarbeit mit ghanaischen Partnerfirmen. Über 100.000 Arbeitsplätze hätten in diesem Zusammenhang geschaffen werden können, China habe daran mit 67 Vorhaben den größten Anteil.

Die Weltbank stellte dem Land für das Jahr 2011 eine Anleihe von 215 Mio. \$ für die Durchführung seiner Armutsreduzierungsstrategie („Ghana Poverty Reduction Strategy“) im Rahmen des 7. „Poverty Reduction Support Credit“ zur Verfügung. In der Zeit von 2003 bis 2008 habe Ghana bereits Budgethilfe in Höhe von durchschnittlich 100 Mio. US\$ pro Jahr dafür erhalten.

Nach dem im letzten Jahr erfolgten Besuch von John Atta Mills in China kam eine chinesische Delegation, unter Führung ihres Handelsministers, Mitte Februar nach Ghana. In diesem Zusammenhang wurde u.a. eine Aufstockung um 167 Mio. US\$ seitens der chinesischen Regierung für den Bau des Staudamms von Bui, zusätzlich zu den bereits geleisteten 562 Mio. US\$, zugesagt. Darüber hinaus stünden zwei weitere Finanzierungsverträge im Wirtschaftssektor in Höhe von zusammen 6 Mrd. US\$ vor dem Abschluss.

Großbritannien stellte, ebenfalls im Januar, 36 Mio. £ (41,7 Mio. €) als Budgethilfe zur Verfügung, die insbesondere den Sektoren Erziehung und Gesundheit zugutekommen soll.

Mitte Januar wurden vier Abkommen mit der Europäischen Union in einer Gesamthöhe von 26 Mio. € für Vorhaben u.a. in den Bereichen Armutsminderung, Unterstützung der Zivilgesellschaft und Stärkung des demokratischen Rahmens geschlossen.

Anfang Februar wurde mit dem Bau eines 'Bus Rapid Transit' nach nigerianischem Vorbild, einer Schnellstraße für Busse und Gemeinschaftstransportfahrzeuge zwischen Accra und Kasoa in Höhe von ca. 45,4 Mio. US\$ begonnen. Es handelt sich dabei um eine Co-Finanzierung zwischen dem ghanaischen Staat, der Weltbank und der französischen Entwicklungsagentur AFD.

Finnland wird die Summe von 17 Mio. € für die Überwachung der ghanaischen Küste (Radar, automatische Erkennung von Schiffen usw.) zur Verfügung stellen, ein entsprechendes Abkommen wurde Mitte Februar zwischen der 'Ghana Maritime Authority' und der finnischen Regierung unterzeichnet.

Wie die Handels- und Industrieministerin, Frau Hanna Tetteh, Anfang Februar ankündigte, müssen ausländische Unternehmen, die im Einzelhandel aktiv werden wollen, ab sofort ein Grundkapital von 1 Mio. US \$ vorweisen, um eine entsprechende Genehmigung zu erhalten. Bei dieser Erhöhung um mehr als das Doppelte (bisher 300.000 US\$) handle es sich um eine Maßnahme zum Schutz der einheimischen Unternehmen.

Das Parlament verabschiedete in dritter Lesung das Gesetz über die Verwendung der Einnahmen aus der Erdölproduktion, wonach 70% direkt in den jeweiligen jährlichen Staatshaushalt fließen werden. Mit dem Rest sollen zwei Fonds eingerichtet werden, der eine soll die öffentlichen Finanzen, insbesondere bei Budgetengpässen und Preissteigerungen, stabilisieren helfen, der zweite 'Heritage' genannt, den kommenden Generationen zur Verfügung stehen.

Was die innenpolitische Krise im Nachbarland Elfenbeinküste angeht, versicherte Staatspräsident John Atta Mills, dass Ghana den Wahlsieg Ouattaras anerkenne, sprach sich aber eindeutig gegen eine militärische Intervention sowie die Entsendung weiterer Truppenkontingente aus, ca. 500 ghanaische Soldaten seien bereits, im Rahmen der VN-Truppen, dort im Einsatz, rund 1 Mio. Ghanaer lebten in dem Nachbarland.

Allerdings werden direkte Auswirkungen der ivoirischen Krise auf das Land immer stärker spürbar. Mitte März sollen bereits rund 4.000 ghanaische Staatsangehörige aus der Elfenbeinküste geflohen sein. Die Anzahl der Ivorer und auch anderer Nationalitäten sei schwer zu schätzen, da nur wenige einen Asylantrag stellten.

Aus Libyen, wo nach offiziellen Angaben etwa 16.000 ghanaische Staatsangehörige, vor allem in der Bauindustrie, tätig waren, seien bis Mitte März die meisten repatriert worden. Die Kommission der Vereinten Nationen beglückwünschte die ghanaische Regierung zu ihren Bemühungen. Das Land sei eines der wenigen afrikanischen Länder, das die Rückführung seiner Landsleute aus Libyen vorbildlich organisiert habe.

Seit September 2010 wurden aus vier Regionen des Landes (inklusive Großraum Accra) bereits 4.000 Cholerakranke gemeldet, Mitte März sei, wie das Gesundheitsministerium mitteilte, das Epidemie-Stadium (Todesrate 1,5%) erreicht worden, die Behandlung sei kostenfrei.

Trotz vielversprechender wirtschaftlicher Rahmendaten ist es der Regierung Mills nach fast dreijähriger Amtszeit nicht gelungen, der breiten Bevölkerung überzeugende Perspektiven auf materielle und soziale Besserstellung zu vermitteln. Mit publikumswirksamer Darstellung einzelner, im Wesentlichen durch China und westliche Geberländer, vorfinanzierter Großprojekte versucht man diese Tatsache zu umgehen. Je näher der Wahltermin Ende 2012 rückt, desto mehr verliert sich die Regierung in aktionistischen Einzelmaßnahmen, angeheizt auch durch die Ankündigung der ehemaligen First Lady, Frau Nana Konadu Agyeman Rawlings, über eine Gegenkandidatur zum derzeitigen Präsidenten nachzudenken. Von dem neuen, bescheidenen Reichtum profitiert eine auf die wirtschaftlichen Zentren Ghanas begrenzte Mittelschicht. Und bislang ist auch für Außenstehende nicht erkennbar, wie beklemmende Defizite im Bildungs-, Sozial- und Infrastrukturbereich behoben werden sollen. Das abschreckende Beispiel Nigerias geistert auch in Ghana durch die Medien.

BENIN

- Präsidentschaftswahlen – spannungsreiche Vorwahlzeit / Anfechtung des Wahlergebnisses durch die Opposition

Wichtigstes Ereignis des ersten Quartals war im Rahmen der anstehenden allgemeinen Wahlen (am 05.04. endet das Mandat des Staatspräsidenten, am 24.04. das des Parlaments) die Durchführung der Präsidentschaftswahlen am 13. März. Dabei kam zum ersten Mal ein elektronisches Wählerverzeichnis (LEPI) zum Einsatz, dessen Erstellung von Anfang an umstritten war (siehe Vorberichte), und das fast ausschließlich von Geberländern und -organisationen finanziert wurde. Obwohl es sich dabei um ein einstimmig – auch seitens der Opposition und der Zivilgesellschaft – gewünschtes Instrument handelt, konnte es, aufgrund technischer und inhaltlicher Mängel, für die Präsidentschaftswahlen, die aus diesem Grund zweimal verschoben wurden, nicht fertiggestellt werden, Schätzungen zufolge waren über eine Million Wahlberechtigte nicht eingetragen. Dies war bereits seit geraumer Zeit abzusehen, trotzdem hatten sowohl die Regierung als auch das Verfassungsgericht auf dessen Einsatz bestanden.

Unter den offiziell zur Wahl zugelassenen 14 Kandidaten befanden sich neben dem amtierenden Staatspräsidenten Boni Yayi (im Jahr 2006 mit 75% der Stimmen gewählt) sein wichtigster Gegenspieler, Adrien Houngbedji, gemeinsamer Kandidat der Oppositionskoalition UN, der sich bereits zum fünften und, aufgrund der demnächst erreichten Altersgrenze, zum letzten Mal zur Wahl stellte, sowie Abdoulaye Bio Tchané, wie Boni Yayi aus dem Norden des Landes stammend, bis zum 12.02.11 Gouverneur der BOAD (Westafrikanische Entwicklungsbank), wo er die Nachfolge von Boni Yayi angetreten hatte.

Die Vorwahlzeit war von Spannungen gekennzeichnet. Kundgebungen, Meetings und Demonstrationen, vor allem im Süden des Landes, mit der Forderung nach Erfassung aller Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis, wurden von den Sicherheitskräften, teilweise unter Einsatz von Tränengas, verhindert. Der ursprüngliche Wahltermin wurde vom 27.01. auf den 06.03. verschoben.

Doch auch nach der offiziellen Übergabe des Wählerverzeichnisses am 20.02. an die Unabhängige Wahlkommission, in dem, nach Angaben der Opposition, schätzungsweise rund 1,3 Mio. Wahlberechtigte (rund 1/3 der Wähler) fehlten, gingen die Protestkundgebungen weiter. Dass die Zahl der Wahlberechtigten, im Vergleich zu den letzten Präsidentschaftswahlen (2006) und bei einem jährlichen Bevölkerungswachstum von durchschnittlich 3,2%, im Süden des Landes um 15 bis zu 30% gefallen und gleichzeitig in den nördlichen Departements um rund 10% gestiegen sein soll, gab insbesondere seitens der Opposition Anlass zur Sorge und zu Protesten.

Die beiden Altpräsidenten Emile Derlin Zinsou und Nicéphore Dieudonné Soglo (derzeit Bürgermeister von Cotonou) konnten, nachdem ein Vermittlungsversuch des Erzbischofs von Cotonou ergebnislos geblieben war, mit den Präsidentschaftskandidaten einen Kompromiss schließen. Über ein Änderungsgesetz sollte allen Wahlberechtigten die Teilnahme an den Wahlen ermöglicht, das Wählerverzeichnis von einem internationalen Expertenteam geprüft werden. Damit konnte ein weiteres Ansteigen der Gewalt verhindert werden. Nach Verabschiedung des entsprechenden Änderungsgesetzes im Parlament wurde der Wahltermin um eine weitere Woche, auf den 13.03. verschoben. In dieser Woche sollten das Wählerverzeichnis vervollständigt, alle Wählerausweise ausgegeben und die vorgesehenen 13.000 Wahllokale eingerichtet werden. Die Zeit reichte, aufgrund u.a. vieler technischer Probleme, nicht aus, lediglich rund 88.000 Wahlberechtigte sollen noch in das Verzeichnis eingetragen worden sein.

Der Wahltag, Sonntag, 13. März, verlief landesweit ruhig, was auch von den vielen nationalen und internationalen Wahlbeobachtern bestätigt wurde. Trotz technischer Unzulänglichkeiten, die stellenweise zu einer verspäteten Öffnung von Wahllokalen führten, konnte die Wahl überall abgeschlossen, die Stimmen ausgezählt werden. Die öffentlichen Stimmauszählungen in den Wahllokalen

wurden landesweit von der Bevölkerung mit viel Interesse verfolgt, die Wahlbeteiligung wurde als recht hoch angegeben.

Nachdem bereits am Abend des Wahltages ein Sprecher des Staatspräsidenten dessen Sieg mit über 50% der Stimmen im ersten Wahlgang bekannt gab, protestierte insbesondere dessen wichtigster Gegner, Adrien Houngbedji, der in einer Pressekonferenz am 14.03. seinen Sieg mit über 40% angab. Die Medien veröffentlichten, entgegen der Wahlgesetzgebung, selbst erstellte, je nach politischer Couleur, sich widersprechende Ergebnisse.

Erst am Abend des 18.03. verkündete der Vorsitzende der Wahlkommission, offensichtlich ohne das Einverständnis der übrigen Kommissionsmitglieder, gegenüber ausgesuchten Journalisten, ein erstes vorläufiges Ergebnis, wonach der scheidende Staatspräsident Boni Yayi mit 53,17% der Stimmen wiedergewählt worden sei, Adrien Houngbedji habe 35,65%, Abdoulaye Bio Tchané 6,28%, die übrigen Kandidaten jeweils weniger als 1% erhalten. Dieses Ergebnis wurde in den frühen Morgenstunden des 21.03. vom Verwaltungsgericht als vorläufiges Endergebnis bestätigt. Rund 3,7 Mio. Wähler seien in das Wählerverzeichnis eingetragen, 2,97 Mio. hätten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Dies führte besonders in Cotonou und Porto Novo zu Protesten, Adrien Houngbedji focht das Ergebnis offiziell an und wies auf massiven Wahlbetrug insbesondere im Norden des Landes hin, andere Kandidaten folgten mit öffentlichen Erklärungen. Auch Organisationen der Zivilgesellschaft, die Parallelauszählungen durchgeführt hatten, machten auf Differenzen und Defizite aufmerksam. Die in der folgenden Woche beim Verfassungsgericht eingebrachten Einsprüche der Kandidaten wurden rundweg als nicht ausreichend abgelehnt, das endgültige Ergebnis, das das vorläufige bestätigte, am 30. März verkündet. Es war das erste Mal, seit dem Bekenntnis des Landes zur Demokratie (Nationalkonferenz 1990), dass ein Staatspräsident bereits im 1. Wahlgang gewählt wurde.

Aufgrund eines Mitte März ergangenen Erlasses, der Kundgebungen während der Wahlperiode untersagt, wurden darauf folgende Protestkundgebungen, vor allem in Porto Novo und Cotonou umgehend aufgelöst, die feierliche Investitur des Staatspräsidenten wird, verfassungskonform, am 6. April stattfinden.

Zwischenzeitlich nahm die Wahlkommission die Kandidaturen für die 83 Parlamentssitze entgegen, die entsprechenden Wahlen, die für den 17.04. geplant sind, werden verschoben. Allerdings wird ein Wahltermin nicht nach dem 30.04. möglich sein, wie das Verfassungsgericht zu bedenken gab. Unter anderem wurde, insbesondere seitens des Präsidentschaftskandidaten Bio Abdoulay Tchané, gefordert, das vorgesehene Audit des Wählerverzeichnisses noch vor dem Wahlgang vorzunehmen.

Nach fast sechsmonatigem politischen Stillstands ist zu hoffen, dass sich die gewonnene politische Kultur nun durchsetzen und die neue Regierung ihre ganze Kraft der Entwicklung des Landes widmen wird. Sie muss dies überzeugender als während ihres ersten Mandates tun. Nach übereinstimmender Meinung der politischen Beobachter im Lande hat das Wahlprozedere den neuen alten Präsidenten sehr viel Glaubwürdigkeit gekostet. Hinzu kommt, dass er die meisten seiner Wahlversprechen aus seiner ersten Amtszeit ohnehin nicht einzulösen imstande war.

BURKINA FASO

- Der unaufgeklärte Tod eines Schülers und Meutereien in der Armee zeigen tiefsitzende Probleme auf

Der bislang nicht aufgeklärte Tod eines Schülers am 20.02. in Koudougou (ca.100 km westlich von Ouagadougou) führte dort im Februar zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Sicherheitskräften, bei denen es zu Toten, Verletzten und Sachschaden kam. Die Schulen blieben etwa eine Woche lang geschlossen, der Gouverneur der Region sowie der zuständige Polizeioberkommissar wurden ihres Amtes enthoben. Ende Februar, nur wenige Tage nach der Wiederöffnung der Schulen, wurden diese und auch die Universität wieder geschlossen, Demonstranten – meist Schüler, denen sich Studenten angeschlossen hatten – zerstörten Büros der öffentlichen Verwaltung und Polizeiwachen.

Ca. einen Monat später zogen, nachdem am 22.03. ein Angehöriger der Armee wegen eines Sittendelikts zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden war, aus Protest gegen die nach ihrer Meinung zu harte Gerichtsentscheidung, in der darauffolgenden Nacht Soldaten durch die Straßen von Ouagadougou, schossen um sich und plünderten Geschäfte, wobei es neben erheblichem Sachschaden etwa 10 Verletzte gegeben haben soll. Dieser Vorfall hatte eine Demonstration der betroffenen Geschäftsinhaber zur Folge, die von der Regierung Wiedergutmachung verlangten und Hauptstraßen der Stadt durch brennende Reifen blockierten. Die Regierung hob daraufhin die Gerichtsentscheidung auf, was wiederum die Richter nicht anerkennen konnten, die sich gegen diese Einmischung der Exekutive in die Rechtsprechung wehrten und alle laufenden Vorgänge bis auf weiteres blockierten. Eine Vollversammlung des juristischen Personals mit mehreren hundert Beteiligten beschloss die Weiterführung des Streiks bis zur Erfüllung der vorgebrachten Forderungen – u.a. Wiederfestnahme der freigelassenen Militärangehörigen, Sicherung der Gerichtsgebäude sowie des juristischen Personals.

Dies alles geschah in einer wirtschaftlich schwierigen Situation, verstärkt durch die Auswirkungen der ivoirischen Krise und ein entsprechend angespanntes Klima, gekennzeichnet durch stetiges Ansteigen der allgemeinen Lebenshaltungskosten (besonders Nahrungsmittel und Transport), die Aussicht auf eine unsichere Zukunft, insbesondere bei den jugendlichen Schülern und

Studenten sowie den der gleichen Altersgruppe angehörenden meuternden Soldaten.

Die Bewegung sprang ungefähr eine Woche später auf Fada N’Gourma, 220 km östlich von Ouagadougou, über, wo zunächst in der Nacht des 27.03. Soldaten schießend durch die Straßen zogen und am folgenden Tag das dortige Gerichtsgebäude mit einer Rakete beschossen, nachdem sie die westliche Zufahrt zur Stadt mit einem Panzer blockiert hatten. Auch hier ging es um ein Sittendelikt, man war mit der Verurteilung eines Kollegen wegen der Vergewaltigung einer Minderjährigen nicht einverstanden und befreite ihn kurzerhand aus dem Gefängnis.

Diese Vorfälle, möglicherweise mit ausgelöst durch die Ereignisse von Koudougou, brachten tiefsitzende Probleme bei den jüngeren Angehörigen der Armee, die bisher als sehr diszipliniert und als Garant der Ordnung und der Stabilität bekannt war, zum Vorschein. Nach Aussagen eines burkinischen Soziologen soll diese tief sitzende Unzufriedenheit zum einen durch die als privilegiert empfundene Behandlung der direkten Sicherheitstruppe des Staatspräsidenten Neid und Missgunst auslösen, zum anderen richte sich dieser äußerst massive und gewaltsame Protest jugendlicher Soldaten gegen eine als ungerecht empfundene Gerichtsbarkeit, die einfache Soldaten verurteilt, die Befehlsebene aber straflos ausgehen lässt. Einem ehemaligen Minister zufolge könnten diese Spannungen durch eine vernünftige und angemessene Regelung schnell beigelegt werden.

Der Verteidigungsminister entschuldigte sich in einem offiziellen Kommuniqué bei der Bevölkerung und versprach, alles zu tun, um weitere Vorfälle dieser Art zu vermeiden, Vertreter der Militärhierarchie trafen umgehend mit den Meuterern zusammen, um deren Forderungen (bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen aber auch als ungerecht empfundene Prämienzahlungen) anzuhören.

Staatspräsident Blaise Compaoré nahm erst relativ spät – am 30.03. in einer Fernseh- und Radiosendung – zu den Vorkommnissen, die er verurteilte, Stellung und versprach Begegnungen mit allen beteiligten Gruppen. Durch diese Treffen mit Vertretern des Militärs, des Rechtspersonals aber auch mit Schülern und Studenten am Monatsende konnten die akuten Spannungen zunächst beigelegt werden, der Verlauf der nächsten Wochen wird zeigen, wie nachhaltig die tatsächlich bestehenden Probleme geregelt werden.

Blaise Compaoré, bis November 2010 offizieller Schlichter in der innerivorischen Krise, dem nun, bei der sich hinschleppenden Lösung seitens Laurent Gbagbo vorgeworfen wird, eine militärische Intervention zu befürworten, nahm Anfang Februar aus Sicherheitsgründen nicht an dem Treffen des durch die Afrikanische Union mit der Lösung der Krise beauftragten Panel von fünf afrikanischen Staatschefs in Abidjan teil. Mehrere tausend Gbagbo-Anhänger der Jugendorganisation „Junge Patrioten“ hatten dort gegen die

Ankunft des burkinischen Staatschefs protestiert und die Botschaft Burkinas Fasos mit Steinen beworfen. Eine Gegendemonstration fand am 11.02. in Ouagadougou statt.

Das 22. Panafrikanische Festival für Film und Fernsehen von Ouagadougou (FESPACO) wurde vom 26.02. bis 05.03.2011 in Ouagadougou durchgeführt.

Die Tage der Beschaulichkeit könnten auch in Burkina Faso gezählt sein. Bildungsdefizite, dramatischer Anstieg der Lebensmittelpreise und eine unüberschaubare Anzahl von Rückkehrern aus der Côte d'Ivoire sind keine Mischung für ein stabiles Sozialklima im Land. Hinzu kommt eine chronisch unterfinanzierte Verwaltung, die sich gegenüber einer seit 23 Jahren an der Macht befindlichen Regierungspartei kaum durchzusetzen in der Lage ist. Die Meutereien einiger einfacher Soldaten sind nur die Spitze eines maroden Verwaltungs- und Exekutiveisberges, der seit 20 Jahren keine Gehaltsanpassungen erfahren hat. Es steht zu hoffen, dass der Präsident die Signale verstanden hat und endlich lang aufgeschobene Reformen in Angriff nimmt.

TOGO

- **Leichte Regierungsumbildung**
- **Umfassender politischer Dialog zwischen Regierung und politischen Parteien**
- **Kundgebungen gegen einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Versammlungsrechts**

In seiner Neujahrsansprache an die Nation schlug Staatspräsident Faure Gnassingbé unter anderem die Eröffnung eines umfassenden Dialogs zwischen der Regierung und den politischen Parteien und Organisationen der Zivilgesellschaft des Landes vor.

Im Anschluss an das 15. Gipfeltreffen der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion am 22.01. in Bamako, übernahm der togoische Staatschef Faure Gnassingbé Anfang Februar den Vorsitz der Organisation. Er wird, angesichts der fortdauernden Krise in der Elfenbeinküste, den Zusammenhalt unter seinen Amtskollegen der Region mit dem Ziel, den Frieden zu erhalten und die durch die Krise verursachten Schäden zu begrenzen, zu bewahren haben.

Die 10. Sitzungsperiode des politischen Dialogs zwischen der EU und Togo im Rahmen der Cotonou-Abkommen fand am 11.02. in Lomé statt. Für die EU stand u.a. die Frage der seitens Togos versprochenen institutionellen und konstitutionellen Reformen, die bislang noch nicht umgesetzt werden konnten, auf der Tagesordnung. Für Togo ging es auch um die Unterstützung Brüssels bei seinen Bemühungen um einen der für den afrikanischen Kontinent vorgesehenen nicht ständigen Sitze im VN-Sicherheitsrat, den das Land für die Jahre 2012 bis 2013 anstrebt.

Bei einer im März erfolgten kleinen Regierungsumbildung wurde zunächst der Minister für Handel und Förderung des Privatsektors, Kokou Gozan, Vertreter der Zivilgesellschaft in der Regierung und RPT-Mitglied, dem, inoffiziellen Quellen zufolge, die Gewährung von Begünstigungen beim Warenimport vorgeworfen wurde, seines Amtes enthoben und durch den bisherigen Generalsekretär des Präsidialamtes, Arthème Kwessi Séléagodji Ahoomey-Zunu, ehemaliges Mitglied der CPP und einer der wenigen Kader des Präsidialamtes, die nicht der Regierungspartei angehören, ersetzt. Der bisherige Justizminister Biossey Kokou Tozoun, der von Faure Gnassingbé zum Mitglied der Obersten Medienaufsichtsbehörde (HAAC) ernannt wurde, wurde am 16.03. durch Tchitchao Tchalim, Rechtsanwalt beim Berufungsgericht von Lomé, der der Regierungspartei nahestehen soll, ersetzt.

Auf eine an ihn, im Rahmen des politischen Dialogs, im Januar seitens des Ministers für Territorialverwaltung, Pascal Bodjona, gerichtete Einladung zu einem Treffen mit dem Staatspräsidenten, antwortete der Vorsitzende der Oppositionspartei ANC, Jean-Pierre Fabre, nur unter der Bedingung dazu bereit zu sein, dass die Bürger des Landes in den vollen Genuss ihrer Rechte kämen und nannte einige Bedingungen wie u.a. die Wiederaufnahme der ANC-Abgeordneten in die Nationalversammlung. Die Regierung, die die Ablehnung bedauerte, versicherte, weiter offen für den Dialog zu sein. Gleichzeitig veröffentlichte die ANC, im Rahmen einer Pressekonferenz, ein Memorandum, in dem der Ausschluss der neun ANC-Abgeordneten aus dem Parlament dargestellt und deren Wiederaufnahme gefordert wird.

Ebenfalls im Rahmen des politischen Dialogs, den Staatspräsident Faure Gnassingbé, wie er bei dieser Gelegenheit erklärte, zunächst mit den im Parlament vertretenen Parteien führen wolle, bevor er auch für andere Gruppierungen geöffnet werde, fand am 7.3. eine Begegnung zwischen ihm, dem Minister für Territorialverwaltung Pascal Bodjona und dem Vorstand des ‚Comité d’Action pour le Renouveau‘ (CAR), unter Leitung seines Ehrenvorsitzenden, RA Yawowi Agboyibo, statt. Die Parteidelegation soll bei dieser Gelegenheit ein Dokument mit Lösungsvorschlägen u.a. für die bestehenden institutionellen Defizite des Landes übergeben haben.

Am 09.03. folgten Gespräche mit der Partei ‚Parti pour le renouveau et la rédemption‘ (PRR) des Geschäftsmannes und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten, Nicolas Lawson, der für eine „dynamische Wirtschaftspolitik und den Wiederaufschwung des Landes“ plädierte.

Nachdem Ende Februar eine Demonstration der Oppositionspartei ANC mit dem Hinweis auf ein Kommuniqué aus dem Jahr 2004, das Kundgebungen im öffentlichen Raum lediglich an Wochenenden gestattet, untersagt worden war, stellte Anfang März der Minister für Territorialverwaltung, Pascal Bodjona, im Parlament einen Gesetzentwurf für die rechtlichen Regelungen der ‚Bedingungen für die freie Ausübung des Versammlungsrechts der Bürger auf

öffentlichen Straßen und Plätzen' vor. Danach bedürfen alle Kundgebungen und Versammlungen im öffentlichen Raum einer vorherigen Genehmigung durch das Ministerium für Territorialverwaltung und das Sicherheitsministerium oder die Präfektur, bisher wurde lediglich eine Information an die zuständigen Behörden verlangt.

Dies führte insbesondere bei der Opposition zu starkem Protest. Die Kundgebung gegen das sogenannte ‚Gesetz Bodjona‘ am 17.03., zu der die Opposition aufgerufen hatte, wurde mit Wasserwerfern unterdrückt, es gab mehrere Verletzte, ca. 50 Personen sollen zunächst festgenommen, dann wieder freigelassen worden sein. Kofi Yamgnane, Vorsitzender der von ihm gegründeten Partei FRAC, wandte sich gegen den Gesetzentwurf, der, wie er in einem Interview mit der Wochenzeitung ‚Jeune Afrique‘ erklärte, ein Versuch sei, die Freiheiten der Bürger einzuschränken und forderte dessen Rücknahme.

Die französische Entwicklungsagentur AFD stellte Mitte März dem Land Togo die Summe von 35 Mio. € für die Entwicklung städtischer Infrastrukturen zur Verfügung, darunter 21 Mio. € für den Bau eines vierten Wasserrückhaltebeckens, um die Hauptstadt Lomé vor Überschwemmungen zu schützen.

Ende Februar wurde der togoische Staatsangehörige, Alex Kodjo Ahonado, der, nach seiner Entführung am 16.09.10 zusammen mit sechs weiteren Angestellten einer französischen Bergbaufirma, rund fünf Monate in Geiselhaft der ‚Al-Qaeda im Islamischen Maghreb‘ (AQMI) verbracht hatte, zusammen mit zwei weiteren ehemaligen Geiseln, nach Zahlung eines Lösegeldes, dessen Höhe nicht bekannt gegeben wurde, freigelassen.

Die Zukunft Togos wird sich an der Fähigkeit des Präsidenten entscheiden, die politischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte von der Ernsthaftigkeit seines Reformkurses zu überzeugen. Während die internationalen Geber die Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses anerkannt haben, neigen die innenpolitischen Kräfte noch immer dazu, Partikularinteressen vor das Gemeinwohl zu stellen. In dieser schwierigen und für die Zukunft Togos sehr entscheidenden Frage wird es wesentlich von den charismatischen Führungseigenschaften des Präsidenten und seiner Regierungsmannschaft abhängen, ob ihm die leidgeprüfte Bevölkerung zu folgen bereit ist.

Ralf Wittek

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung für Westafrika in Ghana, Accra.

Beitrag unter Mitarbeit von Brigitte Mäntele-Enweani.

IMPRESSUM

Erstellt: 07.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de